

MEINE MEINUNG
Robin Kraska über die Jugendbeteiligung im Landkreis



Bei den Jungen fängt es an

Kinder sind unsere Zukunft – dieser Satz ist Selbstverständlichkeit und in der Politik teils überbemühte Binsenweisheit zugleich. Genau deswegen darf kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung nicht bloß als netter Bonus zum politischen Tagesgeschäft verstanden werden. Stattdessen ist sie ein wichtiges Instrument für frühzeitige politische Bildung und Partizipation der Jungen, die schließlich selbst irgendwann wählen gehen und vielleicht ein politisches Amt bekleiden wollen. Dafür kann das Engagement in einem Jugendparlament oder Ausschuss die Grundlage bilden.

Andererseits ist besonders der lokale und regionale Politikbetrieb gut beraten, Anregungen und Ideen wenigstens zur Kenntnis zu nehmen. Schließlich kann der Nachwuchs Einfälle haben, die uns Großen vor lauter Erwachsensein gar nicht erst in den Sinn kommen! Im Landkreis scheint es mir insgesamt bereits eine gute Basis zu geben. „Aber Kinder können doch gar nichts entscheiden“, hören die Akteure oft von jungen Menschen, wenn es um Partizipation geht. Nun, es kommt drauf an. Freilich können Grundschüler und Teenager nicht die Hand für oder gegen ein Einkaufszentrum oder die Convertflex-Fabrik erheben (wobei das Ergebnis spannend wäre). Sie können aber schon in jungen Jahren Demokratie üben und sich zu aufgeklärten Bürgern entwickeln. Ich denke, davon haben wir alle etwas.

Orgel-Show in Oberweißbach

Oberweißbach. Am Vorabend der Bundestagswahl kommt ein Orgelspieler zurück in die Hoffnungskirche Oberweißbach, den die Besucher der Premiere noch gut in Erinnerung haben: Nico Wieditz tritt mit seiner Orgel- und Video-Show auf. Sie beginnt um 19.30 Uhr am Sonntagabend. Wieditz spielt auf der Königin der Instrumente Musik aus allen möglichen Genres red

Karten gibt es noch im Fröbelhaus Oberweißbach unter Telefon 036705/62 123

KONTAKT

■ **Leser-Service:**
Telefon 0365 / 8 22 92 29
Mo bis Fr 9 – 18 Uhr, Sa 6 – 14 Uhr
Mail: leserservice@otz.de
Internet: otz.de/leserservice

■ **Lokalredaktion:**
Telefon: 03671 / 45 59 00

Mail: saalfeld@funkmedien.de
Internet: otz.de/saalfeld

■ **Chefredaktion:**
Telefon: 0365 / 77 33 11 10
Mail: chefredaktion@otz.de
Internet: www.otz.de

■ **Ticket hotline:** 0361 / 227 5 227
Mo bis Sa 9 – 20 Uhr
Internet: www.ticketshop-thueringen.de
Anzeigen: 0365 / 82 29 444
Mo bis Fr 7 – 18 Uhr
Internet: www.otz.de/anzeigen

Mitmischen als junger Mensch

Drei Tage lang Workshops und Diskussionen zu Demokratie und Beteiligung in Saalfeld

Von Robin Kraska

Saalfeld. Wie können sich junge Leute in politische und gesellschaftliche Prozesse einbringen? Dieser und weiteren Fragen gingen Kinder und Jugendliche von Montag bis Mittwoch im Saalfelder Schlosspark nach. Als Rahmen diente die Wanderausstellung „Represent“ des Berliner Vereins Initiative Offene Gesellschaft, der momentan durch Deutschland reist. Aktionen und Projekte lokaler Akteure ergänzen die Ausstellung und Angebote der Initiative.

In Saalfeld sind das neben Stadt und Landkreis auch die Awo Rudolstadt, das Bildungszentrum Saalfeld sowie die Jugendredaktion Rabatz von Radio SRB. „Es geht uns darum, das Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Politik und Gesellschaft in die Köpfe zu bringen“, sagt Sebastian Heuchel von der Koordinierungsstelle der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis.

Ebenfalls mit im Boot waren Sally Rentsch und Hanka Giller vom Amt für Jugend, Soziales und Sport der Stadt. Aus ihrer Sicht ist solche Urschleimerarbeit durchaus noch nötig. „Die Erwachsenen zu sensibilisieren ist vielleicht die größte Hürde“, glaubt sie. „Wir sind alle Lernende im Prozess der Beteiligung und sollten Mutiger sein“, appelliert die Amtsleiterin am Mittwoch im Interview mit SRB, der die Aktionen begleitete. Daneben gelte es auch, Nachwuchs für bestehende Gremien zu akquirieren.

Zentraler Programmpunkt war eine Diskussionsrunde zu Ist-Stand und Zukunft der Kinder- und Ju-



Debattieren im Grünen: Eine Diskussionsrunde zum Stand der Jugendbeteiligung im Landkreis. FOTO: ROBIN KRASKA

gendbeteiligung im Landkreis am Dienstag. An ihr nahmen Vertreter vom Jugendforum des Landkreises, des Kinder- und Jugendausschusses der Stadt Saalfeld (KuJA), der Projektinitiative Erlebnisnetz Rudolstadt sowie die Rabatz-Redaktion, insgesamt 15 junge Menschen, teil.

Fraktionen blieben Diskussion fern
Dazu eingeladen waren alle im Stadtrat und Kreistag vertretenen Parteien. „Leider gab es nur Absagen oder gar keine Rückmeldung“, zeigt sich Silvio Müller von Radio SRB enttäuscht. Die einzige Ausnahme bildete Christine Lehder (SPD). „Unsere fertige Sendung zur Veranstaltung geht jedenfalls allen Fraktionen zu“, versichert Silvio Müller. Dennoch zeigen sich die Macher zufrieden. „Die Kinder und Jugendlichen hatten viele und teils

sehr konkrete Anregungen“, sagt Sally Rentsch. So findet Abiturientin Alina Häselbarth zum Beispiel, dass „Politik“ ein eigenes Schulfach werden sollte, um Demokratie und politische Prozesse besser behandeln zu können. „Unsere wenigen Wochenstunden Sozialekunde waren dafür zu wenig“, erinnert sich die 18-Jährige, die aktuell ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Stadtverwaltung bei Hanka Giller leistet.

Auch wünschenswert sind jungen Menschen in der Debatte mehr Lebenspraktisches im Unterrichtsalltag, etwa in finanziellen Fragen, wie Steuererklärungen. „Wir sehen ebenfalls, dass die personellen und zeitlichen Ressourcen in der Schule oft nicht ausreichen“, sagt Sebastian Heuchel. „Die personelle Ausstattung ist auch in der Jugendarbeit unsere größte Herausforderung“,

meint Sally Rentsch. Ein oft genanntes Thema war die Mobilität. Teilweise führen Jugend- und Sozialarbeiter stundenlang durch den Landkreis, um zwei Jugendliche abzuholen, beziehungsweise kämen noch nicht mobile Gremienmitglieder kaum zu den Sitzungen. Hier könnte sich Hanka Giller vorstellen, „vorhandene Formate im ländlichen Raum mit zu nutzen“, etwa Zusammenkünfte der Feuerwehr.

Sebastian Heuchel sieht es aber „noch nicht gelungen, das Thema auf der Entscheidungsebene so zu platzieren, dass es als wichtig wahrgenommen wird“. Für Hanka Giller sieht echte Beteiligung so aus, „dass Kinder und Jugendliche schon vom Kindergartenalter an in all ihren Lebenswelten wirklich mitgestalten können und jeder seine Kompetenzen einbringen darf.“ **Meine Meinung**

Debatte über China-Steine für die Köditzgasse

Bürgermeister reagiert auf Äußerungen in soziale Medien: Es gibt keine Granitsteine aus Deutschland

Saalfeld. Saalfelds Bürgermeister Steffen Kania (CDU) sah sich im Stadtrat am Mittwochabend genötigt, den Bezug von Natursteinen aus China zu rechtfertigen. „Es gibt in Deutschland keinen Steinbruch, der solche Steine herstellt“, erklärte Kania. Das gelte auch für den Steinbruch in Heberdorf, wo nur noch Schotter hergestellt werde.

Hintergrund der auch in den sozialen Medien angefachten Diskussion ist die lange Wartezeit auf Natursteine aus China für die Saalfelder Köditzgasse, die Redaktion berichtet. Die Situation sei sehr bedauerlich, erklärte Kania, aber ohne Steine aus China „können wir nicht mehr aus Naturstein bauen“. Die Steine am Saalfelder Markt sei-

en auch aus China. Es habe beim Bau des Marktes keine Probleme gegeben und die Steine seien von guter Qualität.

Wie der Bürgermeister informierte, werden Mitte bis Ende Oktober die bestellten Granitborden aus China da sein. „Die Baufirma ist aufgefordert, bis Ende September ein Konzept vorzulegen, wie es in der

Köditzgasse nun weitergeht“, so der Rathauschef.

Ferner erklärte Kania, dass sich der Gewerbesteuer-Rückgang coronabedingt mit jetzt geschätzten 3,3 Millionen Euro etwas verringert hat, „ein positiver Trend“. Dennoch: 2022, warnte Kania, „wird es sehr schwer werden, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen“. **gb**

Polizei schnappt mutmaßlichen Trickbetrüger

Zusammenarbeit mit Beamten aus Bayern

Saalfeld. In den letzten Wochen häuften sich Anzeigen in allen drei Landkreisen der Landespolizeinspektion Saalfeld wegen Trickbetrugsmaschinen. So fiel eine 83-jährige Rudolstädterin zu Beginn der letzten Woche auf falsche Polizisten herein. Die Betrüger erschlichen sich telefonisch das Vertrauen der Seniorin, dann kam es zu einer Bargeld- und Schmuckübergabe im Gesamtwert von etwa 10.000 Euro – unter dem betrügerischen Vorwand, Mitarbeiter einer Polizeibehörde zu sein und das Vermögen in Sicherheit bringen zu wollen.

Den Beamten der Saalfelder Polizei es nun in enger Zusammenarbeit mit der bayerischen Landespolizei, drei Verdächtige dingfest zu machen. Bundesländerübergreifende Ermittlungen führten die Beamten auf die Spur von drei Männern im Alter von 40 bis 47 Jahren (deutsche und türkische Staatsangehörige). Gegen den Haupttäter, einen 45-jährigen Deutschen aus Bayern, erhärtete sich der Verdacht dermaßen, dass das Amtsgericht Gera kürzlich Haftbefehl erließ und der Mann in eine nahegelegene Justizvollzugsanstalt eingeliefert wurde. Gegen die beiden Mitäter laufen die weiteren Ermittlungen, sie wurden zunächst nicht inhaftiert.

Die Polizei warnt: „Wenn Sie dubiose oder unklare Anrufe von angeblichen Enkeln oder angeblichen Polizeibeamten, die mit Geld- oder Vermögensforderungen verbunden sind, erhalten, wenden Sie sich unverzüglich an die nächste Polizeidienststelle.“ red

Radfahrerin schwer verletzt

Reschwitz. Zwischen Reschwitz und Obernitz ist eine 39-Jährige mit ihrem Fahrrad gestürzt und hat sich dabei schwer verletzt. Die Frau hatte eine Brücke über die Saale befahren. Wie die Polizei mitteilte, stieß sie aus bislang ungeklärter Ursache gegen einen Absperrpoller und stürzte. Dabei zog sie sich schwere Gesichtsverletzungen zu und musste in ein Krankenhaus eingeliefert werden. red

„Bei der Vergabe von Aufträgen etwas schiefgelaufen“

Staatsanwalt und Landrat äußern sich zu Ermittlungen beziehungsweise Untersuchungen in Sachen Kombus

Von Marius Koity

Pößneck/Saalfeld. Am 6. September sprach UBW-Chef Andreas Scheffczyk in einer „Persönlichen Erklärung“ im Kreistag Saale-Orla von „schwerwiegenden Hinweisen zu Betrug, Untreue und Korruption im Zuständigkeitsbereich des Landkreises Saale-Orla“, allerdings ohne auch nur einen konkreten Fakt oder Namen zu nennen. Weil da praktisch niemand draufsprungen ist, legte sein Mitstreiter Wolfgang Kleindienst am 15. September mit einer weit verbreiteten Pressemitteilung und mit der Behauptung nach, „dass aus politischen Gründen und der bevorstehenden Bundestagswahl einiges verzögert wird“. Noch

im Kreistag hatte Landrat Thomas Fügmann (CDU) klargestellt, dass er Strafanzeige erstattet habe und der Sachverhalt nicht mit der Kreisverwaltung, sondern mit der Kombus GmbH, der Tochtergesellschaft der Kreise Saale-Orla und Saalfeld-Rudolstadt, zu tun habe. Das Ganze hatte im Juni ein „anonymes Schreiben“ (Scheffczyk) ins Rollen gebracht. Was ist eigentlich los?

Oberstaatsanwalt Thomas Riebel von der Staatsanwaltschaft Gera bestätigte auf Nachfrage, dass seiner Behörde seit dem 1. Juli eine Strafanzeige des Saale-Orla-Kreises in Sachen Kombus vorliege. Inhaltlich äußerte er sich allerdings nicht, weil zurzeit noch die Kripo aus Saalfeld mit dem Vorgang beschäftigt sei.



Thomas Fügmann. FOTO: MKO

Ihm liege noch nichts vor, worüber man sich eine belastbare Meinung bilden könnte. Aus irgendwelchen politischen Gründen oder gar wegen der Bundestagswahl halte die Staatsanwaltschaft ganz sicher keine Informationen zurück, in keinem Verfahren, betonte Riebel. Man halte maximal aus ermittlungstaktischen Gründen still. Ob das auch für die Untersuchungen in Sachen Kombus gilt, ließ er offen.

Oberster Kombus-Chef beziehungsweise Vorsitzender des Aufsichtsrates ist zurzeit Fügmann. Er erläuterte auf Nachfrage, dass „im Bereich der Kombus bei der Vergabe von Aufträgen etwas schiefgelaufen“ sei. Wen genau welches Fehlverhalten vorgeworfen wird, ließ er offen. Interne Untersuchungen auf der Grundlage des anonymen Schreibens, die er unabhängig von den Ermittlungen in staatsanwaltlichem Auftrag veranlasst habe, hätten „noch kein griffiges Ergebnis“ erbracht, so Fügmann. Bisherigen Recherchen zufolge, sei ein „überschaubarer, vierstelliger Betrag nicht erklärbar“. Für irgendwelche Maßnahmen, die dem Kombus-Aufsichtsrat obliegen würden, sei es

noch zu früh. „Wir wollen eine saubere Aufklärung des Sachverhalts, mit Fakten, nicht mit Vermutungen“, so Fügmann. So lange es weder abschließende staatsanwaltschaftliche Feststellungen noch ein gerichtliches Urteil gebe, gelte die Unschuldsvermutung, erinnerte Fügmann an ein rechtsstaatliches Prinzip, das er nicht zuletzt dem sich als Aufklärer aufspielenden Scheffczyk ans Herz lege. Und Kleindienst Vorwurf, dass etwas wegen der Bundestagswahl oder überhaupt vertuscht werden soll, nannte Fügmann „Quatsch“.

Weder Riebel noch Fügmann konnten sagen, wie viel Zeit die Ermittlungen und Untersuchungen noch brauchen.